

Die UN-Charta, die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ und das Grundgesetz beinhalten als Konsequenz aus zwei imperialistischen Weltkriegen, dass statt Ausbeutung und globaler Konkurrenz die Welt von Völkerefreundschaft, Frieden und für alle gedeihliche Zusammenarbeit bestimmt werden muss. Die Würde des Menschen ist unantastbar! Notwendige Schritte, um dies zu erreichen sind Demokratisierung der Wirtschaft, Entmachtung der Monopole (insbesondere im Finanz- und IT-Sektor) und die Entmilitarisierung der Wirtschaft, der Bildungseinrichtungen und des öffentlichen Lebens.

Die AfD und alle Nazi-Organisationen – ob hetzend oder real bewaffnet – haben nirgendwo irgendetwas zu suchen. Die Geheimdienste gehören ebenso abgeschafft, und jede Form von Rassismus und Entwürdigung gehört unter Strafe gestellt. Der 8. Mai muss ein Feiertag und Festtag der Völker sein!

Den gesellschaftlichen Fortschritt gemeinsam verwirklichen: Jetzt erst recht!

DIE LINKE ist nicht so wie die anderen Parteien, in denen einzig Vorstände und Fraktionen über Ausrichtung und Inhalt der Politik bestimmen, getrieben von Lobbygruppen und Medienkonzernen. Wir gehen als positives Beispiel voran und lernen als lebendige Mitglieder- und Programmpartei von und miteinander. Wir beteiligen uns mit außerparlamentarischem Schwerpunkt in der Friedens- sowie der antifaschistischen Bewegung, in Gewerkschaften, an der Verwirklichung einiger der genannten Ziele auch auf dem Weg von Volksinitiativen und vielem mehr.

Wir laden Sie herzlich ein: Nehmen wir die Krise gemeinsam ernst und zum Anlass, die erforderliche politische Richtungsänderung selber in die Hand zu nehmen.

Mischen Sie sich mit Ihrer Kraft und Ihrem Verstand mit ein!

Kontakt zu uns:

DIE LINKE. Bezirksverband Hamburg-Mitte

Borgfelder Str. 83, 20537 Hamburg

Tel.: 040 - 28 57 69 08

e-Mail: info@die-linke-hamburg-mitte.de

Internet: www.die-linke-hamburg-mitte.de

Raus aus der Corona-Krise heißt raus aus dem Neoliberalismus

DIE LINKE.
Bezirksverband Hamburg-Mitte

Solidarität bewegt die Welt!

Die Corona-Pandemie offenbart eine tiefe gesellschaftliche Krise – ökonomisch, politisch und sozial.

Der neoliberale Dreiklang aus Privatisierung, Demokratie- und Sozialstaatsabbau hat sie wesentlich hervorgebracht und verschärft sie mit jedem weiteren Schritt.

Um des Überlebens und eines besseren Lebens für alle willen muss von fortschrittlicher Seite ein tiefgreifender sozial-ökologischer Systemwechsel vorangetrieben werden, worin erst eine menschenwürdige Gesellschaft gebildet werden kann und alle Menschen die Lebensverhältnisse bewusst gestalten und ihre Persönlichkeit solidarisch entfalten können.

Dafür braucht es Dich und Dich!

International solidarische Entwicklung

Am härtesten sind die Menschen in den Ländern betroffen, in denen Armut, Krieg, Naturzerstörung und Flucht zum Alltag neokolonialer Ausbeutung gehören. Wir fordern daher mit UN-Generalsekretär Guterres einen weltweiten Waffenstillstand. Alle Sanktionen gegen jedwedes Land müssen aufgehoben werden, auch alle Rüstungsexporte müssen sofort gestoppt werden. Die milliardenschweren Mittel für die NATO-Aufrüstung, u.a. durch US-amerikanische F-18-Bomber für die in Deutschland stationierten US-Atomwaffen, müssen stattdessen für die Gesundheitsversorgung ausgegeben werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Geflüchtete endlich aus den überfüllten Lagern an den Grenzen der EU befreit und menschenwürdig aufgenommen werden!

Die Krise kann nur durch internationale Zusammenarbeit, durch Stärkung der UNO und ihrer Institutionen wie Weltgesundheitsorganisation (WHO)

und UNESCO sowie durch die Durchsetzung des UN-Atomwaffenverbotsvertrages gelöst werden – für soziale Entwicklung, ökologische Nachhaltigkeit, wissenschaftliche Erkenntnisse und Gesundheitsversorgung, die allen zu Gute kommt.

Gesundheit für alle: Menschen vor Profite!

Das Geschäft mit der Krankheit führt zu Überlastung der Beschäftigten (Pfleger wie Ärztinnen), zu massenhafter Unterversorgung und Fehlbehandlung, zu Zynismus („Triage“) und Verzweiflung, zu „Fünf-Minuten-Medizin“, „blutigen Entlassungen“ und Verweigerung von Behandlung. Wir kämpfen unnachgiebig für eine menschenwürdige Gesundheitsversorgung für Alle, in der es Mediziner*innen möglich ist, gemäß ihres Hippokratischen Eids alles zu tun, um ihre Patient*innen bestmöglich zu versorgen, auf dass sie schnell genesen oder gar nicht erst erkranken.

Wir treten ein für einen massiven Ausbau des Gesundheitswesens hinsichtlich Personal, Bezahlung, Kapazitäten, Ausstattung und Material, für ein einheitliches Krankenversicherungssystem und kostenfreie Versorgung für alle, für kommunale Polikliniken sowie die umgehende Rekommunalisierung und Demokratisierung der Krankenhäuser sowie eine Verstaatlichung der Pharmaindustrie. Als Sofortmaßnahmen kämpfen wir für die sofortige Abschaffung der Fallpauschalen und für Arbeitszeitverkürzung auf höchstens 30 Wochenstunden bei vollem Lohn- und Personalausgleich sowie dauerhaft 500 € mehr pro Monat.

Bildung, Wissenschaft und Kultur als Motor solidarischer Lebensweise

Bildung, Wissenschaft und Kultur sind systemrelevant und systemänderungsrelevant. Bildung ist etwas Anderes als Pauken und das Erwerben von Abschlüssen für den Arbeitsmarkt. Wir streiten daher für „Eine Schule für Alle“, die vollständig inklusiv ist und in der solidarisch gelernt wird, damit alle sich zu mündigen, aufgeklärten und weltoffenen Bürger*innen bilden können, die gemeinsam ihre Geschicke in die Hand nehmen und sich achtsam und verantwortungsbewusst zu ihren Mitmenschen verhalten.

Wir streiten für unkommerzielle und sozial offene Kultur- und Bildungseinrichtungen, in denen die gesellschaftlichen Verhältnisse kritisch reflektiert und alle bewegt werden, in denen soziale Zustände begriffen und politische Entscheidungen hinterfragt werden können.

Die Digitalisierung ist kein Ersatz für die soziale Begegnung und zudem ein tiefer Eingriff in Wissenschaftsfreiheit und Lehr- und Lernmethoden. Für das Erlernen von Solidarität und eines kritischen Urteilsvermögens, von Geschichtsbewusstsein und sozial verantwortlichem Umgang miteinander, müssen Bedingungen geschaffen werden, damit die Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen schnellstmöglich wieder geöffnet werden können.

Wirtschaft und Soziales

Für die Verwirklichung der Menschenwürde und gegen die Abwälzung der Krisenkosten auf den nicht wohlhabenden Teil der Bevölkerung braucht es sofort eine deutliche Stärkung der Kaufkraft. Wir streiten für das Recht auf Arbeit und Wohnen, für einen menschenwürdigen Mindestlohn, ein Verbot von Massenentlassungen und unbegründeten Befristungen, für Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich, den Ausbau betrieblicher Mitbestimmung und die Überführung relevanter Großbetriebe in Gemeinwirtschaft sowie die Verstaatlichung von Grund und Boden.

Auf staatlicher Ebene muss die Politik der Austerität und „Schuldebremse“ beendet werden – für die Befreiung aus dem Zugriff privater Investoren. Es braucht weitsichtige nachhaltige öffentliche Investitionen in die soziale Grundsicherung, ein öffentlich ausgebautes Gesundheitswesen, lebendige Kultur, Bildung und Wissenschaft, sozialen Wohnungsbau und kostenfreie Angebote für Obdachlose (auch durch Enteignungen), eine nachhaltige Verkehrs- und Energiewende mit sinnvoll ausgebautem, kostenfreiem ÖPNV sowie insgesamt in die öffentliche Infrastruktur. Wenn aktuell massiv öffentliche Mittel für private Unternehmen bereitgestellt werden, muss damit eine staatliche Lenkung der Investitionen nach Gemeinwohlkriterien einhergehen, wenn nicht die allgemeinwohlorientierte staatliche Kontrolle unter Ausbau der Mitbestimmung. Wir treten für eine sofortige Vermögensabgabe sowie die Erhebung der Vermögenssteuer ein.

Gegen Rechts – Freiheit, Gleichheit, Solidarität!

75 Jahre nach der Befreiung vom Faschismus wird von rechts auf die Krise mit noch mehr Demokratieabbau (Orban), Autoritarismus, Nationalismus (Trump) und Sozialdarwinismus (Bolsonaro) geantwortet. Was juckt uns das Virus: Der Stärkere überlebt, der Schwächere hat's nicht anders verdient (AfD).